

D1_neu Klimaschutz ist nicht verhandelbar!

Antragsteller*in: Philipp Schulz (KV Vorpommern-Rügen)
Tagesordnungspunkt: 2.10. Abstimmung über Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern
- 2 beschließt folgendes:
- 3 Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Bündnisgrünen kritisiert die im
- 4 Koalitionsausschuss erzielten Ergebnisse der Bundesregierung als unzureichend
- 5 und fordert mehr Engagement auf Bundesebene für Klimaschutz.
- 6 Außerdem fordert der Landesverband eine Urabstimmung auf Bundesebene, ob Bündnis
- 7 90/Die GRÜNEN in der Koalition verbleiben sollen.
- 8 Darüber hinaus fordert der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, dass die
- 9 Spielräume für mehr Klimaschutz, die mit den Ergebnissen des
- 10 Koalitionsausschusses noch verbleiben, auf Landesebene konsequent genutzt
- 11 werden. Dazu gehört eine aktive Einbringung in den Konsultationsprozess zum
- 12 Naturschutz.

Begründung

Mecklenburg-Vorpommern ist unmittelbar von der Klimakrise betroffen, ob durch den steigenden Meeresspiegel, Dürren oder gefährliche Hitze im Sommer. Laut einer Studie der Bundesregierung wird kein Klimaschutz bis 2050 bis zu 900 Milliarden Euro kosten.

Als sich die Regierung als "Fortschrittskoalition" zusammengefunden hat, war das für viele eine Hoffnung auf mehr Klimaschutz.

Leider hat die SPD in letzter Zeit mehr auf der Bremse gestanden, auch wenn sich Olaf Scholz als Klimakanzler bezeichnet. Die FDP verteidigt den freien Markt und stellt eine sozial fragwürdige CO₂-Verknappung als ultimative Lösung vor, fordert zugleich aber immer, wenn sie anfängt zu wirken mehr Zertifikate und niedrigere Preise.

Damit hängt jetzt der Klimaschutz nur noch an den Bündnisgrünen.

Robert Habeck selbst betont, dass es nicht sein kann, "dass in einer Fortschrittskoalition nur ein Koalitionspartner für den Fortschritt verantwortlich ist und die anderen für die Verhinderung von Fortschritt"

Am Koalitionsausschuss zeigte sich, dass Klimaschutzmaßnahmen hart verhandelt werden, was absurd ist, denn Klimaschutz kennt keine Kompromisse und die Klimakrise auch nicht. Es ist nicht verantwortbar für die Bündnisgrünen, um jeden Preis, also auch den des Klimaschutzes, teil einer Regierung zu sein, bei der zwei Parteien sich den Klimaschutz auf die Fahnen schreiben, aber gleichzeitig immer wieder ausbremsen.

Der Vorstoß von Volker Wissing, den Ausstieg aus dem klimaschädlichen Verbrenner auf EU-Ebene zu verhindern, bedeutet nicht nur einen weiteren Vertrauensverlust in deutsche Politik in der EU, wo die Absprachen im Grunde schon gelaufen sind. Der Vorstoß erodiert auch das Vertrauen von der Bevölkerung in die Bundesregierung, insbesondere von Klimabewegten in eine Koalition mit grüner Regierungsbeteiligung.

Dieser Vorstoß eines einzelnen Ministers, auf den die GRÜNEN wenig Einfluss haben ist eine Sache. Doch mit den Ergebnissen des Koalitionsausschusses geht die Unterminierung des Klimaschutzes auf einen gemeinsamen Kompromiss zurück und nicht nur auf den Vorstoß eines einzelnen Ministers. Damit hat der Ausstieg aus dem 1,5°-Weg jetzt neue präkäre Ausmaße erreicht, bei denen die Grünen in der Regierung nur noch für das Greenwashing von SPD und FDP herhalten.

Während offiziell Einheit in der Koalition darüber besteht, dass die Verkehrswende kommen muss, haben die Regierungsparteien sich im Koalitionsausschuss darauf geeinigt, nicht nur Infrastruktur für die Verkehrswende, sondern auch dagegen auszubauen: Der beschleunigte Ausbau von Autobahnen bedeutet im Zweifelsfall viele neue Autobahnkilometer und damit einen neuen Aufwind für den Autoverkehr. Ein Wettstreit zwischen klimaschädlicher und klimafreundlicher Infrastruktur kann nicht in unserem Sinn sein, das Festhalten an fossilen Strukturen ist teuer und ineffizient.

Gleichzeitig werden die Sektorziele aufgeweicht und die jährlichen Ziele durch größere Zeithorizonte verwässert. Damit sind die Grundvoraussetzungen im Klimaschutzgesetz gelegt, Klimaschutz mindestens weitere 2 Jahre zu verschlafen.

Klimaschutz wartet nicht. Es ist gefährlich, die gesetzliche Grundlage für Klimaschutz aufzuweichen und damit die natürlichen Lebensgrundlagen, auch für kommende Generationen, auf's Spiel zu setzen.

Alle Parteien sind für wirksamen Klimaschutz verantwortlich. Wenn sie diese Verantwortung nicht ernst nehmen, kann eine grüne Regierungsbeteiligung ihre Wirkung nicht entfalten. Als GRÜNE müssen wir offen und ehrlich die Debatte führen, für welches Ziel und um welchen Preis wir an einer Regierung beteiligt sein möchten.

Begründung Dringlichkeit:

Der Antrag bezieht sich auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses. Diese lagen erst nach Ende der Antragsfrist vor.

Außerdem haben wir es uns nicht leicht gemacht, diesen Antrag einzubringen. Wir haben mit vielen Menschen gesprochen und verschiedene Perspektiven eingebracht. Eine solche offene Kritik ist für uns kein einfacher Schritt, die Debatte soll sachlich und ernst geführt werden. Weil die Antragsfrist schon abgelaufen war, haben wir uns entschieden, lieber mehr Zeit zu nehmen und keinen übereilten Antrag zu schreiben, gerade auch, weil das Thema schnell emotional werden kann.

Wir halten es dennoch für sinnvoll, auf diese Entwicklungen als GRÜNE MV zu reagieren und freuen uns daher, wenn der Antrag als Dringlichkeitsantrag noch Berücksichtigung findet.

Unterstützer*innen

Tim Junge (KV Landkreis Rostock); Luca Kern (KV Rostock); Tjaard Behrens (KV Rostock); Bellis Stemmermann (KV Rostock); Dani Pashchenko (KV Schwerin); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Claudia Tamm (KV Nordwestmecklenburg); Nils Bayer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Paula Hahn (KV Mecklenburgische Seenplatte); Chiara Beer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Ann-Kathrin Heinritz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Silvia Schlage (KV Rostock); Ayla-Emma Askin (KV Vorpommern-Greifswald); Alexander Schröder (KV Nordwestmecklenburg); Tobias Krug (KV Rostock); Manja Jonas (KV Schwerin); Philipp Schulz (KV Vorpommern-Rügen)

D2 Keine fossilen Überkapazitäten schaffen

Antragsteller*in: Knut Jondral (KV Mecklenburgische Seenplatte)

Tagesordnungspunkt: 2.10. Abstimmung über Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 I. Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest:
- 2 1. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns ist
3 für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit nicht erforderlich.
- 4 2. Eine weitere Erdgaspipeline im Küstenmeer vor Rügen behindert die Umsetzung
5 zentraler Vorhaben der Energiewende, insbesondere des Offshore Windparks
6 „Windanker“, der immerhin etwa 10% der gesamten Windenergie in der Ostsee
7 ausmacht.
- 8 3. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns und
9 der damit verbundene Pipelineneubau würden eine unverhältnismäßige zusätzliche
10 Schädigung der Ökosysteme der NATURA-2000- und FFH-Schutzgebiete im Greifswalder
11 Bodden und der westlichen Pommerschen Bucht mit sich bringen.
- 12 4. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns
13 würde wegen der damit zusammenhängenden Lärm-, Sicht- und Vibrationsemissionen
14 massive Beeinträchtigungen für Menschen, Wirtschaft und Tourismus mit sich
15 bringen.
- 16 II. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern lehnt die
17 aktuellen Pläne zum Bau eines weiteren Flüssigerdgas-Terminals vor der Küste
18 Mecklenburg-Vorpommerns ab. Der Landesverband begrüßt die Aktivitäten der
19 BÜNDNISGRÜNEN Parteigliederungen und Fraktionen in Mecklenburg-Vorpommern zu
20 diesem Thema und spricht sich dafür aus, diese fortzusetzen. Der Landesverband
21 fordert die Landesregierung dazu auf, sich gegen das geplante Terminal zu
22 positionieren und sich mit allen Kräften gegen die Realisierung dieses Vorhabens
23 einzusetzen.

Begründung

Der Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine markiert eine Zäsur im System der deutschen und europäischen Energieversorgung. Aufgrund der verfehlten Energiepolitik der letzten Jahrzehnte stehen wir in Deutschland und Europa vor enormen Herausforderungen. Dennoch ist es der Bundesregierung gelungen, die Gas- und Energieversorgung der letzten Monate auf ein sicheres Fundament zu stellen. Dabei ist speziell das konsequente und zielführende Handeln des Bundeswirtschaftsministers Habeck hervorzuheben, das zur Vermeidung einer Energieversorgungslücke entscheidend beigetragen hat. Zu diesen Entscheidungen bekennen wir uns.

Unter der Überschrift der Energiesicherheit treibt die Bundesregierung auch den Bau zahlreicher Flüssigerdgas-Terminals voran. Neben den Projekten in Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade und Lubmin laufen seit einiger Zeit Planungen für ein weiteres Terminal zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei stehen vor allem Standorte vor oder auf Rügen im Fokus.

Wir halten diese Pläne für falsch. Durch den Bau eines zusätzlichen Flüssigerdgas-Terminals in der Ostsee entstehen erhebliche Überkapazitäten für den Import von Erdgas. Bis heute konnte nicht

überzeugend und transparent sowie unter Berücksichtigung von – sich noch in der Entstehung befindlichen - Importkapazitäten von LNG in anderen europäischen Staaten die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Kapazitäten dargelegt werden. Außerdem ist fraglich, ob ein weiteres Erdgas-Terminal in der Ostsee bereits kurzfristig einen Beitrag leisten kann. Laut den Zahlen des Bundes ist das Jahr 2023 bei der Gasversorgung besonders knapp, danach soll sich die Lage deutlich entspannen. Es erscheint jedoch höchst fraglich, ob das Terminal bis Ende diesen Jahres fertiggestellt werden könnte. In Anbetracht der enormen Investitionskosten seitens des Bundes und der langen Laufzeit des Projektes besteht die Gefahr einer Fehlinvestition, die darüber hinaus durch Lock-in-Effekte und Pfadabhängigkeiten eine erfolgreiche Energiewende und die Abkehr von der Nutzung fossiler Brennstoffe ausbremst und stattdessen fossile Infrastruktur zementiert.

Die entstehenden Überkapazitäten stehen zudem in keinem Verhältnis zu den negativen Folgen des Terminalbaus. Durch das Projekt eines weiteren LNG-Terminals ist zu befürchten, dass der ohnehin rückgängige Heringsbestand und die davon abhängige Küstenfischerei akut gefährdet werden.

Klar hervorgehoben werden muss auch: Der Bau eines Flüssigerdgasterminals am Standort Rügen steht ganz konkret in Konflikt mit der Energiewende. Vor der Küste Rügens befinden sich umfangreiche Projekte für Offshore-Windparks in Bau oder in Planung. Die erforderliche Anbindung der Windparks an das Stromnetz nach Lubmin würde – zusammen mit der Verlegung einer Erdgaspipeline – an der Boddenrandschwelle eine kumulative Beeinträchtigung darstellen, was zu massiven Problemen bei der Genehmigung des Offshore-Wind-Projektes und zu erheblichen Mehrkosten für den Projektträger führen könnte. Vor diesem Hintergrund steht ein Flüssigerdgas-Terminal vor Rügen in eklatantem Widerspruch zur dringend notwendigen Energiewende und zum Aufbau einer nachhaltigen und unabhängigen Energieinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

Unterstützer*innen

Anna Mariella Pulvermüller (KV Vorpommern-Rügen); Paul Benduhn (KV Vorpommern-Rügen); Kira Wisnewski (KV Vorpommern-Greifswald); Alexander Schröder (KV Nordwestmecklenburg); Nils Bayer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Jonathan Pritzlaff (KV Vorpommern-Greifswald); Alexander Schröder (KV Nordwestmecklenburg); Nele Schwarten (KV Vorpommern-Greifswald); Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Tobias Krug (KV Rostock); Claudia Tamm (KV Nordwestmecklenburg); Marceline Amethyst Pashchenko (KV Schwerin); Ilja Baldauf (KV Schwerin); Ayla-Emma Askin (KV Vorpommern-Greifswald); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Tjaard Behrens (KV Rostock); Ann-Kathrin Heinritz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Paula Hahn (KV Mecklenburgische Seenplatte); Chiara Beer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Jakob Ahrenberg (KV Rostock)

Beschluss Keine fossilen Überkapazitäten schaffen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz LV MV
Beschlussdatum: 22.04.2023
Tagesordnungspunkt: 2.10. Abstimmung über Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 I. Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest:
 - 2 1. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns ist
3 für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit nicht erforderlich.
 - 4 2. Eine weitere Erdgaspipeline im Küstenmeer vor Rügen behindert die Umsetzung
5 zentraler Vorhaben der Energiewende, insbesondere des Offshore Windparks
6 „Windanker“, der immerhin etwa 10% der gesamten Windenergie in der Ostsee
7 ausmacht.
 - 8 3. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns und
9 der damit verbundene Pipelineneubau würden eine unverhältnismäßige zusätzliche
10 Schädigung der Ökosysteme der NATURA-2000- und FFH-Schutzgebiete im Greifswalder
11 Bodden und der westlichen Pommerschen Bucht mit sich bringen.
 - 12 4. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns
13 würde wegen der damit zusammenhängenden Lärm-, Sicht- und Vibrationsemissionen
14 massive Beeinträchtigungen für Menschen, Wirtschaft und Tourismus mit sich
15 bringen.
- 16 II. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern lehnt die
17 aktuellen Pläne zum Bau eines weiteren Flüssigerdgas-Terminals vor der Küste
18 Mecklenburg-Vorpommerns ab. Der Landesverband begrüßt die Aktivitäten der
19 BÜNDNISGRÜNEN Parteigliederungen und Fraktionen in Mecklenburg-Vorpommern zu
20 diesem Thema und spricht sich dafür aus, diese fortzusetzen. Der Landesverband
21 fordert die Landesregierung dazu auf, sich gegen das geplante Terminal zu
22 positionieren und sich mit allen Kräften gegen die Realisierung dieses Vorhabens
23 einzusetzen.